

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP

Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 28. bis 30. September 2025 in Stettin

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der vom 21. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 30. September 2025 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen des Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Empfehlungen vorzulegen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Feststellungen und Forderungen einzusetzen und diese umzusetzen sowie den Landtag im Vorfeld des 22. Parlamentsforums Südliche Ostsee bis zum 15. April 2026 über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.

Julian Barlen und Fraktion

Daniel Peters und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Constanze Oehlich und Fraktion

René Domke und Gruppe

Begründung:

Vom 28. bis 30. September 2025 fand auf Einladung des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern das 21. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Stettin statt. Rund 60 Abgeordnete, Sachverständige und Gäste aus den polnischen Woiwodschaften Ermland-Masuren, Pommern, Westpommern und aus den deutschen Partnerregionen Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern trafen in der westpommerschen Hauptstadt zusammen, um konkrete Handlungsempfehlungen für die nationalen und regionalen Regierungen in der südlichen Ostseeregion zum Thema „Saubere Luft als Chance für nachhaltige Entwicklung im südlichen Ostseeraum“ zu verabschieden. Unter der Leitung der Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) nahmen seitens des Landtages Mecklenburg-Vorpommern die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp (CDU) sowie die Landtagsabgeordneten Marcel Falk (SPD), Prof. Dr. Robert Northoff (SPD), Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) und Christian Albrecht (Die Linke) an der Jahreskonferenz des Parlamentsforums teil. Als Expertin aus Mecklenburg-Vorpommern berichtete Frau Ute Hennings, Direktorin des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG), über die Ergebnisse der Luftgüteanalyse 2025 und die langjährigen Trends in Mecklenburg-Vorpommern.

Die gemeinsame Resolution wurde inhaltlich durch die internationale Expertenanhörung und die Redaktionskonferenz vorbereitet, die der Landtag Mecklenburg-Vorpommern in der Vertretung des Landes beim Bund vom 12. bis zum 13. Mai 2025 in Berlin durchgeführt hat. Seitens des Landtages haben Frau Anna-Lena Franke von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und Herr Dr. René Bernitz vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) als Sachverständige vorgetragen. Die Staatssekretärin für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund Frau Jutta Bieringer hielt ein Grußwort und bekräftigte, dass die Region der südlichen Ostsee sich mit besonderen Herausforderungen hinsichtlich des maritimen Verkehrs und der Emissionen aus der Industrie- und Landwirtschaft konfrontiert sehe. Die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie (2024/2881) könne jedoch neue wirtschaftliche Impulse setzen. Dabei spielten die Zusammenarbeit über regionale und nationale Grenzen hinweg sowie partnerschaftlicher Dialog auf Augenhöhe eine besonders wichtige Rolle. Erster Botschaftsrat und Leiter der Wirtschaftsabteilung der Botschaft der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland Herr Bartosz Arabik betonte in seiner Begrüßung die entscheidende Bedeutung der internationalen und interregionalen Zusammenarbeit für die Erreichung der Klimaziele. Mecklenburg-Vorpommern unterhalte besondere Beziehungen zu Polen, während Deutschland der wichtigste Handelspartner Polens sei. Herr Arabik wies gleichzeitig darauf hin, dass die deutsch-polnische Kooperation nicht nur auf den wirtschaftlichen Austausch beschränkt sei. Die Klimaziele stellten für alle EU-Staaten sowohl Herausforderungen als auch Chancen dar. In diesem Zusammenhang betonte Herr Arabik die Relevanz klarer politischer Kommunikation für die gesellschaftliche Akzeptanz entsprechender Maßnahmen.

Im kommenden Jahr wird der Landtag das 22. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 31. Mai bis 2. Juni in Schwerin durchführen, während die internationale Anhörung vom 20. bis 21. April durch den Sejmik der Woiwodschaft Westpommern in Stettin ausgerichtet wird.

Konferenzablauf des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 28. bis 30. September 2025 in Stettin

„Saubere Luft als Chance für nachhaltige Entwicklung im südlichen Ostseeraum“

I. Offizielle Eröffnung des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee

Zu Beginn der Konferenz unterstrich die Gastgeberin und Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern Frau Teresa Kalina die besondere Bedeutung des Schwerpunktes der diesjährigen Jahreskonferenz: Umweltschutz und Luftqualität. Dieses Thema sei nicht nur eine politische Priorität, sondern ein gemeinsames Anliegen aller Regionen im südlichen Ostseeraum – insbesondere vor dem Hintergrund neuer und verschärfter europäischer Regulierungen – der Richtlinie (EU) 2024/2881 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (Luftqualitätsrichtlinie (EU) 2024/2881). Die konsequente Umsetzung der einschlägigen EU-Richtlinien werde entscheidend dazu beitragen, sowohl die Luftqualität als auch die allgemeine Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Frau Kalina betonte, dass die Woiwodschaft Westpommern seit vielen Jahren eine ambitionierte ökologische Agenda verfolge. Mit mehr als 1.500 Projekten in Bereichen wie nachhaltige Mobilität, energieeffizientes Bauen und Umweltinfrastruktur habe sich die Region klar dem Ziel einer guten ökologischen Entwicklung verschrieben. Diese langfristige Strategie verstehe sich als Beitrag zu einer gesunden Umwelt, aber auch als Investition in die Zukunftsfähigkeit der Region der südlichen Ostsee und das Wohlergehen ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Redebeiträge der Gäste

Auch Herr Jakob Kowalik, Vize-Marschall von Westpommern, hob die besondere Rolle Westpommerns als Vorreiterregion für nachhaltige Entwicklung hervor. Die Woiwodschaft zeichne sich dadurch aus, dass sie in außergewöhnlichem Maße europäische Fördermittel gezielt in ökologische Projekte investiere. Insbesondere der Ausbau von Bahnverbindungen und Radwegen trage dazu bei, umweltfreundliche Mobilitätsformen attraktiver zu machen und eine echte Mobilitätswende im Alltag der Bevölkerung zu ermöglichen. Herr Kowalik wies zudem darauf hin, dass Westpommern inzwischen mehr erneuerbare Energie produziere, als es selbst verbrauche, was die Region nicht nur ökologisch, sondern auch energetisch zu einem Vorbild mache. Auch die Stadt Stettin, die als „grüne Hauptstadt“ der Region verstanden werden könne, sowie der Sitz des Marschallamtes – das erste „grüne Haus“ in Stettin – stünden sinnbildlich für diesen Weg. Insgesamt zeichnete Herr Kowalik das Bild einer Region, die Nachhaltigkeit nicht nur als politisches Schlagwort, sondern als gelebte Praxis begreife.

Anschließend würdigte Herr Piotr Łyczko, Stellvertretender Direktor der Abteilung für Luftreinhaltung und Klimaverhandlungen im westpommerschen Ministerium für Klima und Umwelt, ausdrücklich die Wahl des Konferenzschwerpunktes und ordnete die Debatte in einen gesamtstaatlichen und europäischen Kontext ein. Polen habe in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung der Luftqualität erzielt. Noch vor relativ kurzer Zeit habe das Land vor großen Herausforderungen gestanden, doch inzwischen sei eine regelrechte „Revolution“ in der Luftreinhaltungspolitik gelungen. Zahlreiche Woiwodschaften hätten Anti-Smog-Beschlüsse verabschiedet, die konkrete Verbesserungen bewirkt hätten. Gleichzeitig warnte Herr Łyczko davor, diese Erfolge als das Ende des Weges zu betrachten.

Die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie (Luftqualitätsrichtlinie (EU) 2024/2881) sehe angepasste und strengere Zielwerte vor, die auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhten. Entsprechend arbeite sein Ministerium daran, das Netz der Messstationen auszubauen und die Datengrundlage weiter zu verbessern. Luftqualität sei kein abstraktes Zahlenwerk – sie habe unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Zum Schluss betonte Herr Łyczko die Notwendigkeit eines koordinierten und entschlossenen Vorgehens: Erfolgreiche Luftreinhaltepolitik erfordere eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlicher, regionaler und lokaler Ebene. Ebenso wichtig seien Informations- und Bildungskampagnen, um das Bewusstsein in der Bevölkerung zu stärken und gesellschaftliche Akzeptanz für notwendige Maßnahmen zu schaffen.

II. Grußworte der Partnerparlamente

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

In ihrer Rede machte die Präsidentin Birgit Hesse deutlich, dass Luftverschmutzung ein gemeinsames Problem sei, das nur durch koordiniertes Handeln adressiert werden könne, denn Feinstaub, Emissionen aus Verkehr, Schifffahrt, Landwirtschaft und Industrie machten an der Grenze nicht halt. In diesem Zusammenhang betonte Frau Hesse die Bedeutung grenzüberschreitender parlamentarischer Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Regionen im südlichen Ostseeraum. Das Parlamentsforum bezeichnete sie als Erfolgsgeschichte und als unverzichtbare Plattform für konstruktiven Dialog und Suche nach gemeinsamen Lösungen über nationale Grenzen hinweg. Vor dem Hintergrund des Konferenzschwerpunktes „Saubere Luft“ unterstrich Frau Hesse: „Um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, muss entschlossen gehandelt werden – gemeinsam, koordiniert und ergebnisorientiert“. Sie stellte zentrale Maßnahmen Mecklenburg-Vorpommerns zur Verbesserung der Luftqualität vor, darunter Investitionen in Landstromanlagen in Häfen, den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, ebenso wie den Einsatz von Wasserstoffbussen sowie die Förderung umweltverträglicher Landwirtschaft. Abschließend betonte sie den Mehrwert internationaler Kooperation, etwa im Rahmen von Interreg-Projekten und im Ausbau nachhaltiger Mobilität, und rief dazu auf, das Parlamentsforum weiterhin aktiv zu nutzen, um gemeinsam eine nachhaltige, lebenswerte und zukunftsfähige Ostseeregion zu gestalten.

Landtag Schleswig-Holstein

Frau Kristina Herbst, Präsidentin des Landtages Schleswig-Holstein, hob in ihrem Beitrag die Bedeutung des parallel zur Jahreskonferenz stattfindenden Jugendforums als Beispiel guter Praxis hervor und betonte, wie wichtig der kontinuierliche und enge Austausch zwischen den polnischen und deutschen Regionen sei. Vor dem Hintergrund russischer Provokationen machte sie deutlich, dass Sicherheit umfassend gedacht werden müsse und weit über militärische Aspekte hinausgehe. In dieser Hinsicht begrüßte sie ausdrücklich den thematischen Schwerpunkt der Konferenz, der die Bedeutung gemeinsamer Nachhaltigkeitsinitiativen im Ostseeraum zum Ausdruck bringe. Abschließend unterstrich sie, dass in der Verbesserung der Luftqualität europaweit bereits wichtige Fortschritte erzielt worden seien, zugleich jedoch noch große Aufgaben bevorstünden, die nur durch gemeinsame Anstrengungen sowie enge Koordinierung und Zusammenarbeit erfolgreich bewältigt werden könnten.

Hamburgische Bürgerschaft

Die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft Frau Carola Veit erinnerte daran, dass das letzte Treffen des Parlamentsforums in Stettin vor acht Jahren und zeitgleich mit der Präsidentschaft Hamburgs in der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) stattfand. Darauf bezogen stellte Frau Veit einen deutlichen Kontrast zwischen der damaligen Wahrnehmung einer langen Friedensperiode in Europa und der heutigen sicherheitspolitischen Realität her. Angesichts der aktuellen Bedrohungen betonte sie die Notwendigkeit, die Bevölkerung stärker für Zivilschutz zu sensibilisieren und den Feinden der Demokratie geschlossen entgegenzutreten. Bezug nehmend auf das Thema „Luftreinheit“ verwies Frau Veit auf die zentrale Rolle der Schifffahrt und die Frage, wie diese umweltfreundlicher gestaltet werden könne. Neben der Bedeutung innovativer Ansätze hob sie hervor, dass bereits vorhandene Technologien konsequenter umgesetzt werden müssten. Abschließend begrüßte sie ausdrücklich die Bestätigung des Beobachterstatus der polnischen Woiwodschaften Ermland-Masuren, Pommern und Westpommern bei der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Sejmik der Woiwodschaft Pommern

Herr Szymon Redlin, Abgeordneter des Sejmik der Woiwodschaft Pommern, unterstrich, dass das Parlamentsforum zu einer wichtigen Plattform geworden sei, um die zentralen Herausforderungen der Regionen gemeinsam zu besprechen. Saubere Luft bezeichnete er als entscheidenden Faktor für Lebensqualität und Gesundheit. Die Reduzierung von Emissionen könne zugleich Impulse für eine innovative und zukunftsfähige Wirtschaft setzen, weshalb grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Lösungen unerlässlich sei. Er hob hervor, dass junge Menschen dabei eine Schlüsselrolle spielten und aktiv in den Wandel eingebunden werden müssten. Herr Redlin verwies auf Fortschritte in Pommern, insbesondere durch die Modernisierung von Wärmequellen, die Nutzung von europäischen und nationalen Förderprogrammen sowie Informationskampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung. Auch der öffentliche Personennahverkehr werde zunehmend umweltfreundlicher. Zugleich machte er deutlich, dass die Energiewende ein anspruchsvoller Prozess sei, der das Engagement vieler Menschen erfordere, jedoch unerlässlich sei, um den kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen.

Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren

Der Vorsitzende des Sejmik der Woiwodschaft Ermland-Masuren Herr Bogdan Bartnicki stellte die Delegation der Woiwodschaft Ermland-Masuren für das 21. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Stettin vor, die sich aus Abgeordneten des Sejmik sowie Vertreterinnen und Vertreter des Hauptinspektorates für Umweltschutz in Allenstein und des Marschallamtes der Woiwodschaft Ermland-Masuren zusammensetzte.

III. Fachbeiträge der regionalen Sachverständigen

Fachvorträge von Expertinnen und Experten aus Deutschland und Polen beleuchteten verschiedene Aspekte der Luftreinhaltung: die Entwicklung emissionsarmer Schifffahrtstechnologien, den Ausbau von Messnetzen, die gesundheitlichen Folgen von Luftverschmutzung sowie regionale Programme zur Energiesanierung von Gebäuden. Diskutiert wurden zudem Fragen zu alternativen Treibstoffen, Messverfahren, rechtlichen Instrumenten und verbesserter Bürgerbeteiligung.

Hamburg

Mit Blick auf regionale Maßnahmen und technologische Innovationen stellte Frau Dr. Gesa Ziemer vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) in ihrem Vortrag die maritime Schifffahrt als einen bedeutenden Verursacher von Emissionen dar und machte deutlich, dass technologische Innovationen entscheidend seien, um diesen Sektor nachhaltiger und effizienter zu gestalten. Zugleich verwies sie auf erhebliche Investitionsunsicherheiten, die den technologischen Fortschritt bremsen. Am Beispiel von Forschungsschiffen, etwa des AWI, zeigte sie das sogenannte „First-Mover-Risiko“ auf: Wer neue Technologien als Erster einsetze, sehe sich häufig mit technischen, regulatorischen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert, die viele Akteure scheuten. Vor diesem Hintergrund unterstrich Frau Dr. Ziemer die Notwendigkeit von Realfelddemonstrationen. Kernidee des Ansatzes vom DLR sei ein modular aufgebautes Forschungsschiff, das als schwimmendes Labor diene, um unterschiedliche Antriebssysteme und alternative Kraftstoffe unter realen Bedingungen zu erproben. Der modulare Aufbau mit zwei vollständigen Maschinenräumen ermögliche es, verschiedene Technologien parallel zu testen und umfangreiche Betriebs- und Umweltdaten zu sammeln. Ziel sei es, die Entwicklungs- und Erprobungszeiten neuer maritimer Systeme deutlich zu verkürzen und so die Einführung klimafreundlicher Lösungen in der Schifffahrt zu beschleunigen.

Ermland-Masuren

Für die Entwicklung konkreter Maßnahmen und Handlungen seien verlässliche wissenschaftliche Daten und Informationen unerlässlich. So berichtete der Leiter der Regionalabteilung für Umweltüberwachung beim Hauptinspektorat für Umweltschutz in Olsztyn Herr Tomasz Zalewski über den Ausbau des Messnetzes in Ermland-Masuren, insbesondere des Netztes von Verkehrsmessstationen. Angesichts steigender Fahrzeugzahlen sei dies entscheidend, um Emissionen transparent zu erfassen. Herr Zalewski erläuterte gleichzeitig die wachsende Bedeutung von Verkehrsmessstationen für die Umsetzung der neuen EU-Luftqualitätsrichtlinie (Luftqualitätsrichtlinie (EU) 2024/2881). Er führte aus, dass die Vorgaben der Richtlinie in der Woiwodschaft Ermland-Masuren umfangreiche Anpassungen des bestehenden Messnetzes erforderlich machten. Insbesondere der Bau spezieller Verkehrsmessstationen sei notwendig geworden, von denen bereits mehrere im laufenden Jahr errichtet worden seien. Vor dem Hintergrund eines Anstiegs der zugelassenen Fahrzeuge um rd. 30 Prozent in allen Woiwodschaften betonte Herr Zalewski die Notwendigkeit, verkehrsbedingte Emissionen genauer zu erfassen. So zeigten die ersten Messergebnisse erhöhte Stickstoffdioxid-Konzentrationen (NO₂) an vielen Standorten. Insgesamt sei geplant, 38 neue Messstationen in Betrieb zu nehmen, vor allem in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern.

Ziel sei es, die Arbeiten rechtzeitig abzuschließen, sodass das erweiterte Messnetz zum Inkrafttreten der EU-Richtlinie voll einsatzfähig sei und eine verlässliche Datengrundlage für wirksame Luftreinhaltemaßnahmen biete.

Schleswig-Holstein

Mit Blick auf generelle Trends und Entwicklungen legte Dr. Martin Ramacher, Experte für Luftqualität am Helmholtz-Zentrum Hereon, die gesundheitlichen Auswirkungen von Luftverschmutzung im Ostseeraum dar. Studien belegten, dass die Belastung für die Bevölkerung oft höher sei als angenommen, sowohl im Außen- als auch im Innenraum. Herr Dr. Ramacher verwies dabei auf das Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie aus dem Jahr 2018, das die enge Verbindung zwischen Luftqualität und Atemwegs- sowie Herz-Kreislauf-Erkrankungen deutlich machte. Ferner erläuterte er, dass aktuell umfangreiche Daten zu Emissionen und Schadstoffkonzentrationen verfügbar seien und standortspezifisch ausgewertet werden könnten. Dadurch ließen sich die Belastungen genauer bestimmen. Problematisch sei jedoch, dass Faktoren wie individuelle Aktivitätsmuster und die Qualität der Innenraumluft häufig vernachlässigt würden, obwohl ihr Einfluss auf die tatsächliche Schadstoffaufnahme seit Langem bekannt sei. Anhand von Untersuchungen in drei ausgewählten Städten (Rostock, Riga und Gdansk-Gdynia) zeigte er, wie durch die Kombination von Konzentrationsdaten und aktivitätsbasierter Exposition realistischere Belastungsszenarien entwickelt werden könnten. Diese Analysen machten deutlich, dass die Integration von Populationsaktivitäten und Innenraumluftbelastung ein wichtiger Schritt sei, um die gesundheitlichen Effekte durch Luftschadstoffe ganzheitlich zu erfassen. Daher sollten Forschungsaktivitäten zur Schließung von Wissenslücken gezielt gefördert werden. Die notwendige Reduktion der Luftschadstoffbelastung sei nur durch gemeinsames und zielorientiertes Handeln auf politischer, wissenschaftlicher, technologischer und individueller Ebene erreichbar.

Pommern

Frau Paulina Górka, stellvertretende Direktorin der Abteilung für Umwelt und Landwirtschaft im Marschallamt der Woiwodschaft Pommern, stellte die Strategie der Woiwodschaft Pommern zur Verbesserung der Luftqualität vor, die fest im Entwicklungskonzept der Region bis 2030 sowie im strategischen Programm für Umwelt- und Energiesicherheit verankert sei. Dieses Programm diene als zentrales Umsetzungsinstrument der regionalen Entwicklungsstrategie und setze einen klaren Schwerpunkt auf saubere Luft. Dabei gehe es gleichermaßen um den Aufbau wirksamer Kooperationen, die konsequente Umsetzung konkreter Maßnahmen und die langfristige Sicherung von Fördermitteln. Ein zentrales Instrument seien die Anti-Smog-Beschlüsse, die als geltendes Landesrecht verbindliche Vorgaben und auch Verbote enthielten. Diese Regelungen seien eine Reaktion auf frühere Defizite, kritische Rückmeldungen der Europäischen Union sowie auf belastbare Daten aus den Luftmessungen. In Pommern existierten derzeit drei Anti-Smog-Beschlüsse, die klare Fristen für den Austausch veralteter Heizsysteme festlegten und zugleich definierten, welche Arten von Heizungsanlagen künftig installiert werden dürften. Frau Gorska betonte, dass die Umsetzung dieser Maßnahmen nur mit breiter gesellschaftlicher Akzeptanz gelingen könne.

Deshalb habe die Woiwodschaft Pommern umfangreiche Informations- und Bildungsmaßnahmen aufgebaut: Jährliche Schulungen für kommunale Mitarbeitende, ein dauerhaftes Dialogforum für offene Fragen sowie ein Ökoforum zur Information der Öffentlichkeit begleiteten die Einführung der einschlägigen Regelungen. Ergänzend dazu seien gezielte Förderinstrumente geschaffen worden. Neben der aktiven Akquise von EU-Fördermitteln – für die bereits erste Ausschreibungen laufen würden – stehe auch ein zinsfreies Darlehensprogramm von bis zu 100.000 Złoty zur Verfügung. Nahezu alle Gemeinden der Woiwodschaft beteiligten sich inzwischen an der Umsetzung des Programms „Saubere Luft“, was Frau Gorska als wichtigen Beleg für die breite Verankerung der Strategie auf kommunaler Ebene hervorhob.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Ergebnisse der Luftqualitätsanalysen sowie langjährige Trends für Mecklenburg-Vorpommern stellte Frau Ute Hennings, Direktorin des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG), vor. Diese basierten auf Daten des Luftmessnetzes Mecklenburg-Vorpommern, das 2024 insgesamt 16 ortsfeste Messstationen zum Monitoring von mehreren Luftgüteparametern – darunter Stickoxiden, Schwefeldioxid, Ozon, Kohlenmonoxid – umfasste. Im vergangenen Jahr 2024 habe Mecklenburg-Vorpommern sowohl die Anforderungen der Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa 2008 als auch die strengeren Grenzwerte gemäß der neuen Richtlinie aus dem Jahr 2024 erfüllt. In Bezug auf Stickoxide, Ozon und die Feinstaubfraktionen bestehe jedoch Handlungsbedarf, verbunden mit dem Inkrafttreten der neuen EU-Grenzwerte. Dabei sei zu berücksichtigen, dass Feinstaub und Stickoxide zum Teil anthropogenen Ursachen zuzuordnen seien. Über 50 Prozent der Feinstaubpartikel in der EU entstünden durch den Energieverbrauch. Knapp 40 Prozent der Stickoxidemissionen würden dem Straßenverkehr zugerechnet. Um die Luftqualität in Zukunft zu verbessern, könnten folgende Maßnahmen ergriffen werden: die Reduzierung der Verbrennung fossiler Brennstoffe oder Biomasse, die Verminderung von Schiffsemissionen durch Landstromversorgung, der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und die Elektrifizierung des Verkehrs sowie die Erhöhung und Erhaltung grüner Räume.

Westpommern

Der Vorstandsvorsitzende des Woiwodschaftsfonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft in Stettin Herr Waldemar Miśko widmete seine Präsentation einem Pilotprojekt zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden in ehemaligen Siedlungen von staatlichen landwirtschaftlichen Einrichtungen („PGR-Siedlungen“), das durch EU-Mittel und nationale Fonds unterstützt werde. Im Rahmen des Projektes sollten tausend Gebäude bis spätestens 2029 energetisch modernisiert werden. Er ordnete das Vorhaben in den nationalen Kontext ein: Das Programm „Saubere Luft“ zähle zu den größten Umweltförderprogrammen Polens und ziele vor allem auf den Austausch veralteter, emissionsintensiver Heizsysteme durch moderne, energieeffiziente und umweltfreundliche Wärmequellen. Allein in Westpommern seien hierfür bereits rund 90.000 Förderverträge abgeschlossen worden. Ergänzend existiere das Programm „Warmes Wohnen“, das jedoch bislang über weniger Träger und begrenztere Fördermöglichkeiten verfüge. Im Rahmen des Pilotprojektes für die energetische Sanierung von PGR-Siedlungen habe im September 2025 eine umfassende Bestandsaufnahme begonnen, die nur in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen möglich sei. Geplant sei, in einer ersten Phase 1.000 Gebäude zu sanieren.

Voraussetzung dafür sei jedoch die Gründung von Eigentümer- oder Bewohnergemeinschaften, um die rechtlichen Grundlagen zu klären, ebenso wie Fragen der Versicherung und Verwaltung. Die Kosten für die erste Etappe bezifferte Herr Miško auf rund 200 Millionen Euro. Um soziale Akzeptanz zu gewährleisten, werde das Programm zu 100 Prozent finanziert – durch eine Kombination aus EU-Mitteln und zwei weiteren Finanzierungsquellen. Die Pilotphase sei bereits angelaufen: In fünf Gebäuden in vier Gemeinden würden erste Maßnahmen umgesetzt. Trotz der zu erwartenden erheblichen Energie- und Kosteneinsparungen stoße das Projekt jedoch auf Widerstände – nicht nur bei einzelnen Bewohnerinnen und Bewohnern, sondern auch innerhalb der Verwaltungen. Umso wichtiger seien verlässliche Partnerschaften mit den Kommunen. Insgesamt machte Herr Miško deutlich, dass das Programm nicht nur ein energetisches, sondern auch ein soziales und administratives Großprojekt sei, dessen Erfolg maßgeblich von Kooperation, Akzeptanz und klaren Zuständigkeiten abhängen.

In den Podiumsdiskussionen wurde deutlich, dass die Verbesserung der Luftqualität eine enge Verzahnung von Technologie, Regulierung und gesellschaftlicher Akzeptanz erfordere. Ein wiederkehrendes Thema war die Notwendigkeit, die Bevölkerung stärker einzubeziehen und verständlich über wissenschaftliche Erkenntnisse zu informieren. Nur so könne Desinformation entgegengewirkt und Vertrauen in Maßnahmen zur Luftreinhaltung geschaffen werden.

Rede des Marschalls der Woiwodschaft Westpommern

Herr Olgierd Geblewicz, Marschall der Woiwodschaft Westpommern, brachte in seinem Beitrag zum Abschluss der Konferenz seine große persönliche Freude darüber zum Ausdruck, an der Veranstaltung mitwirken zu können, und betonte die Ehre, dass Westpommern Gastgeber dieses wichtigen Austausches sei. Zugleich gratulierte er ausdrücklich zur thematischen Ausrichtung der Konferenz und zur vereinbarten Resolution, die sich bewusst an die Exekutive auf nationaler wie regionaler Ebene richte. Diese Resolution, so Herr Geblewicz, spiegele eine politische Philosophie wider, die Westpommern seit vielen Jahren konsequent verfolge. Mit dem Rückblick auf seine mittlerweile vier Legislaturperioden als Marschall unterstrich Herr Geblewicz den Anspruch, Politik nicht nur rhetorisch, sondern vor allem praktisch umzusetzen. Ökologie sei längst Teil der „westpommerschen DNA“. Ein zentrales Anliegen sei es daher gewesen, die gesellschaftliche Akzeptanz für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen Schritt für Schritt zu stärken. Als sichtbares Symbol nannte er das Haus der Woiwodschaft – Polens erstes Passivhaus und bewusst als „grünes Haus“ konzipiert. Es habe als Vorbild gedient, um Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, die Energiewende auch im eigenen Alltag umzusetzen.

Gleichzeitig sprach Herr Geblewicz offen bestehende Herausforderungen an, insbesondere das fortbestehende Problem der Energiearmut. Westpommern begegne diesem seit Jahren mit zahlreichen Förderprojekten zur energetischen Modernisierung von Wohngebäuden, die sowohl aus EU-Mitteln als auch aus regionalen Haushalten finanziert würden. Ein besonderer Schwerpunkt seiner Rede lag auf der Rolle Westpommerns als Vorreiter der Energiewende in Polen. Die Region sei aktuell führend in der Erzeugung erneuerbarer Energien und sogar Nettoexporteur grüner Energie. Darüber hinaus unterstütze die Region ambitionierte nationale Pläne, den größten Windpark Europas zu errichten. Herr Geblewicz erklärte diesen Erfolg auch mit dem großen Nachholbedarf nach den wirtschaftlich schwierigen 1990er-Jahren sowie mit der Einbindung zahlreicher Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Ansiedlung der Vestas-Fabrik nannte er als Beispiel dafür, wie die Energiewende zugleich zu einem starken wirtschaftlichen Impuls geworden sei. Westpommern sei nicht nur führend in der Erzeugung, sondern zunehmend auch im effizienten Verbrauch grüner Energie. Dies mache den Energiesektor zu einem zentralen wirtschaftlichen Motor der Region. Während Westpommern in den 1990er-Jahren noch mit tiefgreifenden strukturellen Problemen zu kämpfen gehabt habe, beherberge sie heutzutage einige der modernsten Energieanlagen Europas. Auch andere Branchen profitierten davon, insbesondere die Logistik – begünstigt durch die strategisch günstige Lage Westpommerns.

Abschließend hob Herr Geblewicz den Tourismus als weiteren wichtigen Entwicklungspfad hervor. Insbesondere der Aktivtourismus, gefördert u. a. durch den Ausbau von Radwegen, verbinde ökologische Nachhaltigkeit mit regionaler Wertschöpfung. Insgesamt präsentierte er Westpommern als eine Region, die ökologische Transformation, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Verantwortung konsequent miteinander verknüpfe.

IV. Empfehlungen des Jugendforums

Parallel zum 21. Parlamentsforum Südliche Ostsee fand auch im Jahr 2025 erneut ein Jugendforum statt, an dem Jugendliche und junge Erwachsene aus allen sechs Partnerregionen teilnahmen. Nach einer eigenständigen Auseinandersetzung mit dem Resolutionsentwurf und der neuen EU-Richtlinie 2024/2881 über Luftqualität arbeiteten die Teilnehmenden in internationalen Gruppen zusammen, um sich über inhaltliche Vorschläge für Entscheidungsträgerinnen und -träger auszutauschen. Diese wurden nach gemeinsamen Beratungen im Plenum des Parlamentsforums vorgestellt. So forderten die Teilnehmenden des Jugendforums die vollständige und überprüfbare Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie in nationales Recht bis zum vorgesehenen Stichtag. Darüber hinaus sprachen sich die Teilnehmenden für die bestmögliche Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten bei politischen Entscheidungen in Verbindung mit dem Umsetzungsverfahren aus und setzten sich für eine vollständige Einhaltung der WHO-Luftqualitätsgrenzwerte ein. Diese Empfehlungen wurden schließlich als eigenständige Punkte im Annex der Resolution berücksichtigt.

V. Konferenzabschluss

Die Jahreskonferenz machte deutlich: Saubere Luft sei eine gemeinsame Aufgabe, deren Umsetzung enge grenzüberschreitende Kooperation, daten- und analysenbasierte politische Entscheidungen, wissenschaftliche und technologische Innovationen sowie eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erfordere.

Zum Schluss würdigte die Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Gastfreundschaft des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern und betonte den Wert des Parlamentsforums als Ort des offenen Dialogs und der zukunftsorientierten regionalen Zusammenarbeit. Die Konferenz habe eindrücklich gezeigt, dass Luftqualitätsschutz nur durch enge Kooperation, fachlichen Austausch und politischen Gestaltungswillen erfolgreich vorangebracht werden könne, wobei sie die Beiträge der Expertinnen und Experten sowie die Impulse des Jugendforums hervorhob. Zugleich lud Frau Hesse zum 22. Parlamentsforum Südliche Ostsee nach Schwerin ein und stellte den künftigen Themenschwerpunkt „Künstliche Intelligenz – Chancen und Risiken“ vor.

Ziel sei es, gemeinsam Leitlinien für einen verantwortungsvollen, menschenzentrierten Einsatz von KI zu entwickeln und dabei insbesondere die Perspektiven der jungen Generation aktiv einzubeziehen.

Das 22. Parlamentsforum Südliche Ostsee wird vom 31. Mai bis 2. Juni 2026 durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Schloss ausgerichtet.

Anlage



RESOLUTION

21. Parlamentsforum Südliche Ostsee

**„Saubere Luft als Chance für nachhaltige Entwicklung
im südlichen Ostseeraum“**

Szczecin, den 28.-30. September 2025



RESOLUTION

**des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee
unter dem Vorsitz des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern
Szczecin, vom 28. bis 30. September 2025**

Das 21. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz vom 28. bis 30. September 2025 in Szczecin das Thema:

**„Saubere Luft als Chance für eine nachhaltige Entwicklung
im südlichen Ostseeraum“**

beraten.

Die südliche Ostseeregion spielt eine bedeutende Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung der Ostseeanrainerstaaten. Dieser Prozess erfordert Kompromisse zwischen gemeinsamen Zielen und lokalen Problemen, wobei die Anforderungen der Europäischen Union zu berücksichtigen sind. Eine der wichtigsten Herausforderungen für die Regionen ist die Ergreifung kohärenter Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, da Luftverschmutzung das größte umweltbedingte Gesundheitsrisiko in Europa darstellt. Diese Maßnahmen unterstützen auch die Zielsetzung, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

Aufgrund des Inkrafttretens der neuen Richtlinie (EU) 2024/2881 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über Luftqualität und saubere Luft für Europa sind dringende Maßnahmen erforderlich, um die Anforderungen der überarbeiteten Richtlinie zu erfüllen, mit der strengere Luftqualitätsnormen in der gesamten Europäischen Union eingeführt werden. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die in diesem Bereich erforderliche Energiewende unter Berücksichtigung der sozialen Gerechtigkeit, der Energiesicherheit und der wirtschaftlichen Gegebenheiten der Regionen geplant und umgesetzt werden sollte.

Diese Abschlussresolution des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee richtet sich an Entscheidungsträger, die verschiedene Ebenen des europäischen Mehrebenensystems vertreten. Dazu gehören:

- Europäisches Parlament und Europäische Kommission,

- Institutionen und Organisationen im Ostseeraum: Ostseerat (CBSS), Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM), Kooperationsnetzwerk „Visionen und Strategien für den Ostseeraum“ (VASAB), Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), politisches Netzwerk der Subregionen der Ostseeanrainerstaaten (BSSSC), Konferenz der peripheren Küstenregionen (CPMR) – Ostseekommission (BSC), Union der Ostseestädte (UBC), Euroregion Pomerania, Euroregion Baltic, Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO), nationale und regionale Regierungen und lokale Behörden sowie regionale Partnerparlamente im südlichen Ostseeraum,

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. stellt fest, dass:

- a) die neuen Vorschriften zu einer guten Luftqualität und zur Verringerung der Umweltverschmutzung beitragen werden,
- b) die Durchsetzung strengerer Luftqualitätsstandards in der EU sich positiv auf die Gesundheit auswirken und dazu beitragen wird, vorzeitige Todesfälle durch Luftverschmutzung zu verhindern,
- c) die Verschärfung der Luftqualitätsstandards Impulse für die Entwicklung innovativer umweltfreundlicher technologischer Lösungen geben kann,
- d) die Verschärfung der NO₂- und Feinstaub-Standards zu einer Zunahme der Umweltzonen für sauberen Verkehr oder streckenbezogenen Durchfahrtsbeschränkungen in Städten mit hohem Verkehrsaufkommen führen wird,
- e) die Förderung einer nachhaltigen Mobilität und der Erneuerung der Flotte durch emissionsfreie und emissionsärmere Fahrzeuge (emissionsfreie Straßenbahnen, Oberleitungsbusse oder batterieelektrische Busse), der Bau, die Sanierung und die Modernisierung der Infrastruktur für die Bedürfnisse des städtischen Verkehrs dazu beitragen können, den öffentlichen Verkehr im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr attraktiver zu machen und gleichzeitig die Luftverschmutzung sowie die Treibhausgasemissionen zu verringern. Dabei ist die Förderung des Fuß- und Radverkehrs zu berücksichtigen,
- f) die Einhaltung der festgelegten Luftqualitätsstandards den touristischen Wert der Regionen steigern wird.
- g) die Umsetzung der Richtlinie in nationale Vorschriften zu einer Änderung der Entwicklungsstrategien der Regionen und Gemeinden führen wird.
- h) die Anpassung an die neuen Anforderungen gesamtgesellschaftlich, insbesondere für Unternehmen und Verwaltungen als auch für die Bevölkerung, zu höheren Kosten führen und sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Regionen auswirken wird. Da ein Nichttätigwerden aber in jedem Fall weitaus höhere Kosten verursachen wird, ist eine Unterstützung dieser Maßnahme notwendig,

- i) die Kosten der Anpassung an die neuen Anforderungen, wo nötig, abgedeckt werden müssen, damit keine sozialen Schieflagen entstehen.

2. hält Folgendes für notwendig:

- a) eine erhebliche und möglichst rasche Verringerung der Emissionen von Luftschadstoffen, insbesondere von Feinstaub,
- b) die Verringerung der Schadstoffemissionen durch Modernisierung der Heizungssysteme und -geräte in Haushalten,
- c) nachhaltige Dekarbonisierung des Energiesektors,
- d) Raumplanung, die eine Durchlüftung der Städte und die Beseitigung übermäßiger Bodenversiegelung (im Zusammenhang mit der Beseitigung von Wärmeinseln) und die Erhaltung von Frischluftschneisen ermöglicht,
- e) schrittweise Ersetzung übermäßig versiegelter Flächen durch Vegetation, Regengärten und andere Lösungen, die die Wasserrückhaltung erhöhen, und die Temperatur im städtischen Raum senken,
- f) Entwicklung einer blau-grünen Infrastruktur und Förderung von Konzepten der nachhaltigen Stadtentwicklung, u. a. durch den Bau von Pocket Parks in Städten und die Schaffung von grünen Fassaden und Dachbegrünungen,
- g) Förderung des klimaneutralen öffentlichen Nahverkehrs und alternativer Verkehrsmittel für Stadt und Land und der emissionsarmen individuellen Mobilität, einschließlich der Entwicklung des Fuß- und Radverkehrs, die zur Verringerung der Umweltverschmutzung beitragen,
- h) Umsetzung innovativer Technologien bei der Steuerung des Schiffsverkehrs auf See, bei der Kommunikation zwischen Schiffen, Häfen und weiteren Strukturen und die Entwicklung alternativer, klimafreundlicher Antriebstechnologien für Verbrennungsmotoren in der Binnenschifffahrt und Landstromversorgung,
- i) Schaffung günstiger Bedingungen für die Entwicklung einer emissionsarmen Industrie,
- j) Einführung einer Informationskampagne unter Beteiligung lokaler Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über die negativen Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung,
- k) Durchführung intensiver Aufklärungsmaßnahmen, die die Bevölkerung dazu anregt, Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu ergreifen,
- l) Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften in die Politikgestaltung in Bezug auf die Luftqualität, was zur besseren Wirksamkeit der umzusetzenden Maßnahmen führen wird,
- m) Entwicklung gemeinsamer Initiativen in der südlichen Ostseeregion zur Wiederherstellung von Ökosystemen und zum Erhalt der biologischen Vielfalt,
- n) Unterstützung der Forschung und Entwicklung innovativer Technologien zur Reduzierung von Luftverschmutzungsemissionen und Sicherstellung des Technologietransfers,

- o) Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur zur Überwachung der Luftqualität,
- p) Durchführung gemeinsamer internationaler Projekte zur Bekämpfung grenzüberschreitender Auswirkungen der Luftverschmutzung,
- q) Schaffung eines speziellen Schutzmechanismus für die südlichen Ostseeregionen, der aus EU- und nationalen Mitteln finanziert wird und darauf abzielt, die sozioökonomischen Auswirkungen der Umsetzung verschärfter Luftqualitätsnormen insbesondere in Regionen mit einem hohen Anteil an Industrie, Verkehr und Landwirtschaft abzumildern und soziale Schieflagen zu verhindern,
- r) Schutz und Förderung solcher traditionellen Wirtschaftsformen, die als Modelle für eine nachhaltige und kohlenstoffarme Wirtschaft die biologische Vielfalt und die Widerstandsfähigkeit ländlicher und küstennaher Gebiete fördern.

3. erwartet überregionale Maßnahmen in den folgenden Bereichen:

- a) Reduzierung der Treibhausgasemissionen,
- b) Umsetzung von Richtlinien zur Intensivierung von Aktivitäten zum Schutz der Luft auf allen Managementebenen und in allen Wirtschaftssektoren,
- c) Minimierung der Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Umwelt, Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen sowie Erhaltung der biologischen Vielfalt,
- d) Erhöhung der Energiesicherheit und die Diversifizierung der Energiequellen,
- e) Intensivierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, zum Klimaschutz und die Reduktion von Treibhausgasemissionen unter Gewährleistung eines gerechten sozialen Wandels,
- f) Schaffung von Bedingungen für die Umwandlung der Ostseeregion in eine führende Region im Bereich emissionsarmer Technologien, einschließlich der Umsetzung von SO_x- und NO_x-Emissionsgrenzwerten für den gesamten Seeverkehr im Ostseeraum,
- g) Einführung intelligenter Flottenmanagementsysteme zur Kommunikation zwischen Schiffen, Häfen und weiteren Infrastrukturen,
- h) Intensivschulungen, um das Bewusstsein der Bevölkerung für den Schutz der Luft zu schärfen,
- i) Förderung von Lösungen auf der Grundlage moderner emissionsfreier und emissionsarmer Technologien und der Zusammenarbeit der Wissenschaft mit der Wirtschaft, z. B. durch bessere Datensammlung, -verfügbarkeit und besseren Datenaustausch zwischen den Akteuren,
- j) Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung einer blau-grünen Infrastruktur,
- k) Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur zur Überwachung der Luftqualität,

- l) Entwicklung gemeinsamer Initiativen in der südlichen Ostseeregion zum Wiederaufbau von Ökosystemen und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt,
- m) Reduzierung von Luftschadstoffen auch durch Implementierung innovativer Lösungen zur Unterstützung der Reduzierung von Luftschadstoffen, darunter Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC), Methan, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Feinstaub und Stickoxide.

4. fordert die regionalen und nationalen Behörden sowie die Europäische Kommission zu Folgendem auf:

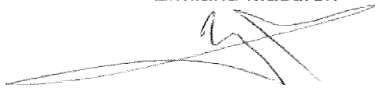
- a) Entwicklung von Lösungen für eine nachhaltige Energiewende, ohne die Energiesicherheit zu gefährden,
- b) weitere kontinuierliche Überwachung der Luftqualität, einschließlich Modernisierung und Ausbau der Überwachungsinfrastruktur,
- c) Intensivierung der Bemühungen zur Reduzierung der Luftschadstoffemissionen, insbesondere von Feinstaub,
- d) Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Minderung seiner Ursachen und Auswirkungen,
- e) Unterstützung von Programmen und Projekten, die zur Reduzierung der Schadstoffemissionen beitragen, unter anderem durch die Schaffung spezieller Ausgleichsmechanismen für die Regionen der südlichen Ostsee, mit dem Ziel, die sozioökonomischen Auswirkungen der Umsetzung verschärfter Luftqualitätsstandards abzumildern – insbesondere in Regionen mit einem hohen Anteil an Industrie, Verkehr und Landwirtschaft,
- f) Unterstützung dezentraler/lokaler blaugrüner Infrastrukturprojekte, die zur Reduzierung der Luftschadstoffemissionen beitragen,
- g) Intensivierung der Zusammenarbeit von Einrichtungen, die sich mit der Beseitigung von Umweltverschmutzung insbesondere der Verbesserung des ökologischen und chemischen Zustandes der Ostsee beschäftigen,
- h) Unterstützung und Kofinanzierung von Investitionen in emissionsfreie und emissionsarme Technologien durch finanzielle Hilfen, Förderprogramme und kostenlose Beratungsleistungen für die Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft,
- i) Gewährleistung und Umsetzung von gezielten Schutzmaßnahmen für besonders empfindliche und gefährdete Bevölkerungsgruppen, etwa von Kindern
- j) Entwicklung flottenbasierter Strategien für die Transformation der Ostseeschifffahrt und den Einbau sowie die Förderung alternativer Antriebe in zu beschaffenden Behördenschiffen, auch zur Beschleunigung von Technologietransfers.

5. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat ein Jugendforum veranstaltet, dessen Forderungen als Annex veröffentlicht werden.

22. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern für seine Bereitschaft, das 22. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 31. Mai bis 2. Juni 2026 zu organisieren.

Sejmik der Woiwodschaft
Ermland-Masuren

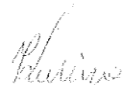


Sejmik der Woiwodschaft
Pommern



Kristine Wöhl
Landtag
Schleswig-Holstein

Sejmik der Woiwodschaft
Westpommern



Landtag
Mecklenburg-Vorpommern



Bürgerschaft der Freien
und Hansestadt Hamburg



Szczecin, den 30. September 2025

Annex
zur Resolution des 21. Parlamentsforums
Südliche Ostsee

Das Jugendforum des Parlamentsforums Südliche Ostsee hält es für erforderlich, dass:

- die vollständige, schnellstmögliche und überprüfbare Einhaltung und Umsetzung der in der Richtlinie genannten Grenzwerte und Maßnahmen zur Luftqualität in nationales Recht spätestens zu dem in der Richtlinie genannten Umsetzungsdatum erfolgt,
- unbeschadet des unbedingten Bekenntnisses zur vollständigen und rechtzeitigen Einhaltung und Umsetzung der Richtlinie die lokalen Gegebenheiten im Umsetzungsverfahren bestmöglich zu berücksichtigen sind,
- weitere Schritte vorgenommen werden, um über eine schrittweise Begrenzung der Luftverschmutzung durch Umsetzung der Grenzwerte und Maßnahmen der Richtlinie hinaus die schnellstmögliche, vollständige Einhaltung der Grenzwerte der WHO-Empfehlung zu gewährleisten.